

Wir zahlen nicht für Eure Krise!



Resolution der LINKEN in Rheinland Pfalz zum Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung

Das von der schwarz-gelben Regierung geschnürte Sparpaket ist sozial ungerecht. Es bedeutet ein „Schutzschirm für die Reichen“ und ein Abwälzen der Krisenlasten auf die sozial Benachteiligten. Es festigt noch einmal mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, die durch tiefe soziale Spaltungen gekennzeichnet sind. Die Einkommens- und Vermögensverteilung wird immer ungleicher. Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer. Die Politik repräsentiert zunehmend nicht die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, sondern agiert als Handlangerin von Lobbyisten und den Mächtigen in der Wirtschaft.

Die Rettung der Banken hat die deutschen Staatsschulden bis Ende 2009 um 99 Milliarden Euro erhöht. Auch das 750 Milliarden schwere Euro-Rettungspaket nützt vor allem Finanzinstituten. Hotellobby, Unternehmen, Großverdiener und Großverdienerinnen müssen keine Sparmaßnahmen befürchten.

Statt dessen sollen nun Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose, Alleinerziehende, Familien, Rentnerinnen und Rentner für die Wirtschaftskrise büßen. Viele von ihnen haben bereits für die Krise mit Verlust ihrer Arbeit und ihrer Einkommen bezahlt.

Während diejenigen, die den Anstieg der Staatsverschuldung zu verantworten haben, verschont bleiben, werden diese Verluste jetzt Hartz IV-Bezieher und Geringverdienern aufgehalst.

Das ist nicht nur grob ungerecht, sondern offenbart das wahre Gesicht dieser Koalition der sozialen Kälte. Denn vor allem „kleine Leute“ werden zur Kasse gebeten, also all jene, die gerade nicht „über ihre Verhältnisse“ gelebt haben.

DIE LINKE in Rheinland-Pfalz fordert die Bundesregierung auf, statt Arbeitslose und Familien zu bestrafen, endlich eine stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durchzusetzen und die Verursacher der Krise in die Verantwortung zu nehmen.

Möglich ist dies allemal! DIE LINKE fordert deshalb ein gerechtes Sanierungskonzept, mit:

1. einer ordentlichen Bankenabgabe, ähnlich des Vorschlags von US-Präsident Obama, die Milliarden Steuereinnahmen bringen würde
2. der Wiedereinführung der Vermögenssteuer
3. einer gerechten Erbschaftssteuer
4. einem höheren Spitzensatz der Einkommenssteuer
5. einer Finanztransaktionssteuer, die selbst mit einem moderaten Satz von 0,05 Prozent in Deutschland 27 Milliarden Euro im Jahr einbringen würde
6. der Nutzung der Mehreinnahmen für ein kommunales Wachstumsprogramm

DIE LINKE in Rheinland-Pfalz lehnt das von der Bundesregierung beschlossene Sparpaket ab und ruft zu mehr gesellschaftlichen Druck und Widerstand dagegen auf!